

Die Jusos Aachen lehnen die von der Landesregierung geplante Änderung des §107 GO NRW ab. Die [geltende Version des §107 GO NRW](#) ermöglicht es den Kommunen, in gewissen Grenzen wirtschaftlich tätig zu werden. Dies hat sich bewährt; vielerorts kommt es zu sinnvollen Kooperationen zwischen kommunalen Unternehmen, Handwerk und Mittelstand. Die geplante Änderung der Gemeindeordnung würde die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen erheblich einschränken. In Aachen beispielsweise würde sie vermutlich dazu führen daß die [Gewoge](#) verkauft werden müßte, obwohl sie mit Gewinn arbeitet, was aus sozialpolitischen Aspekten fatal wäre. Außerdem sind von der geplanten Änderung des §107 GO NRW wirtschaftliche Nachteile zu erwarten, und zwar aus mehreren Gründen:

- 1) Die Landesregierung folgt dem [neoliberalen Dogma](#), nach dem die Privatisierung von staatlichen Unternehmen grundsätzlich zu mehr Effizienz und mehr Wettbewerb führt. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß dies längst nicht immer der Fall ist. Im Energiebereich hat beispielsweise die Privatisierungspolitik der letzten Jahre nicht zu mehr, sondern [weniger Wettbewerb](#) geführt hat, weil große Energiekonzerne die „Liberalisierung“ des Marktes genutzt haben, um eine erhebliche Marktmacht zu erlangen und diese in Form von überhöhten Preisen auszunutzen. Durch die noch im Staatsbesitz befindlichen Stadtwerke wird diese Marktmacht wenigstens teilweise begrenzt. Es ist deswegen zu erwarten, daß die geplante Änderung die Marktmacht der Energiekonzerne noch weiter verstärken würde.
- 2) Selbst in Fällen, in denen ein Privatunternehmen effizienter arbeiten könnte als ein öffentliches Unternehmen, ist dies nicht zwingend ein Argument für eine Privatisierung. Privatunternehmen streben aufgrund ihrer Natur nach Gewinnmaximierung. In vielen Bereichen, in denen heute kommunale Anbieter operieren, liegt eine Gewinnmaximierung aber nicht im Sinne der Gesellschaft. Im Verkehrsbereich z.B. muß der ÖPNV aus sozial- und umweltpolitischen Gründen eine preiswerte Alternative zum Auto bieten, was von einem Privatunternehmen nicht zu erwarten ist.
- 3) Viele Kommunen sind auf die Gewinne aus profitablen wirtschaftlichen Unternehmungen angewiesen, um die Verluste aus anderen Bereichen auszugleichen. Ein Verkauf der profitablen Unternehmen würde die Kommunen zwingen, Mittel in sozialpolitisch wichtigen, wirtschaftlich jedoch unrentablen Bereichen zu kürzen oder Gebühren zu erhöhen. Beides kann nicht im Sinn der Bürger sein.